Gemeindeblatt

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Sally Kaufmann, Kassel, Hohentorstraße 9

der Jüdischen Gemeinde Duisburg
Amtliches Organ der Gemeinde
Verlagsort Kassel.

Inseraten-Annahme: N. Bachmann, Duisburg Universitätsstraße 18

3. Jahrgang | Duisburg, den 1. August 1930 | Nr. 13

Die Deutsche Staatspartei und der Antisemitismus.

Die in diesen Tagen neugegründete Deutsche Staatspartei, in der sich bekanntlich die Demokratische Partei und die mit dem Jungdeutschen Orden verbundene Volksnationale Vereinigung mit einigen anderen Gruppen zusammengeschlossen haben, rief wegen der Verbindung mit der Volksnationalen Vereinigung in einem Teil der Demokratischen Partei eine unklare und mit Zweifeln beladene Vorstellung in bezug auf die jungdeutsche Mythologie in Rassefragen hervor. In der Abstimmungsaussprache des demokratischen Parteiausschusses forderte der stellvertretende Vorsitzende des Central-Vereins Dr. Bruno Weil ein klares Bekenntnis, daß der Antisemitismus in der neuen Partei keinen Raum habe. Anläßlich der Vorgänge im demokratischen Parteiausschuß über die neue Staatspartei und ihre Stellung zum Antisemitismus befragt, teilt Dr. Bruno Weil der JTA. mit:

Die neue Partei ist aus der Vereinigung der alten Demokratischen Partei mit der vor etwas mehr als Jahresfrist gegründeten Volksnationalen Vereinigung, einer Anzahl christlicher Gewerkschaftler und junger Volksparteiler hervorgegangen. Bei der stattgehabten Beratung des demokratischen Parteiausschusses ist die Frage nach der Stellung der neuen Partei zur Judenfrage mehrfach aufgeworfen worden. Die Volksnationale Vereinigung nimmt an sich Mitglieder ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses auf, steht aber im personalen Zusammenhang mit dem Jungdeutschen Orden, in dessen Bestimmung der Arierparagraph enthalten ist. In seinem Referat wies der frühere Minister Erich Koch-Weser darauf hin, daß der Vorsitzende der Volksnationalen Vereinigung es als Verleumdung erklärt habe, wenn man ihn des Antisemitismus beschuldige. Er selbst, Koch, werde unter keinen Umständen in einer Organisation mitwirken, die irgendwie judenfeindlich sei. In der Diskussion habe ich dann nochmals auf die Bedenken hingewiesen, aber gleichzeitig erklärt, daß, wenn in der Gesinnung der Volksnationalen Vereinigung eine Wandlung eingetreten sei, dies vom allgemeinen und jüdischen Standpunkte aus begrüßt werden soll. Die jüdischen Demokraten schlossen sich der neuen Partei in der Hoffnung an, daß auch die aus anderen Lagern kommenden Personen sich von jedem Vorurteil gegen Juden frei fühlen und in der sicheren Erwartung völliger Gleichberechtigung.

Im weiteren Verlauf der Diskussion nahm eine ganze Reihe nichtjüdischer Redner, darunter die Reichstagsabgeordnete Frau Bäumer und der Landtagsabgeordnete Grzimek, in gleichem Sinne Stellung. Die deutschen Juden werden es begrüßen, wenn in der Tat ein nicht unwichtiger Teil des deutschen Volkes sich vom Antisemitismus abwendet. Sie arbeiten an der neuen Partei vertrauensvoll mit, in der Erwartung, daß die gute Tradition der Demokratischen Partei hier fortgesetzt wird. Es ist im übrigen noch zu bemerken, daß der Jungdeutsche Orden schon seit geraumer Zeit in heftigem Kampf gegen Hitler und seine Scharen steht und daß die neue Partei die Führung des Kampfes gegen die nationalsozialistische Bewegung übernehmen will.

*

Ein Schreiben der Staatspartei an den Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens.

Die Deutsche Staatspartei richtete an den Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens das folgende Schreiben:

„Die Deutsche Staatspartei hat von vornherein in ihrem Aufruf und in den Darlegungen ihrer Führer erklärt, daß sie ohne politische und konfessionelle Engherzigkeit und ohne Klassengebundenheit ihre Tore weit geöffnet hält. Das bezieht sich nicht nur auf die Mitgliedschaft, sondern auch auf die führenden Stellungen in der Partei und in der künftigen Fraktion. Einig ist man sich nur darüber, daß den jungen Kräften aller Schichten eine weitgehende Mitwirkung an der Führung eingeräumt und daß die Deutsche Staatspartei ihren Willen entschlossen für die Verwirklichung der notwendigen großen Reformen einsetzen wird.

gez. Koch-Weser. gez. Dr. Winschuh."

Die wirtschaftliche Judenfrage in Deutschland

Von S. Adler-Rudel (Berlin).

In der deutsch-jüdischen Oeffentlichkeit wird ohne weiteres allgemein anerkannt, daß es im deutschen Judentum eine Wirtschaftsnot gibt. Strittig ist die Ansicht, ob diese Wirtschaftsnot Kennzeichen einer spezifischen wirtschaftlichen Judenfrage ist. Im nachstehenden geben wir die Einleitung eines größeren Referates wieder, das ein guter Kenner der sozialen Schichtung innerhalb des deutschen Judentums vor einigen Wochen in einer Berliner Tagung gehalten hat. Die Ausführungen sind auf Grundlage genauer Kenntnis der Wirtschaftsentwicklung der Juden in der ganzen Welt gemacht. Es kann unseres Erachtens kein Zweifel bestehen, daß auch in wirtschaftlicher Hinsicht für die Juden Deutschlands das Prinzip der Schicksalsgleichheit besteht, die die Juden in allen Ländern umfaßt und die sich in ihren Erscheinungen bloß zeitlich, aber nicht wesentlich differenziert.

Die Erkenntnis, daß die Wirtschaftssituation des deutschen Judentums sich ständig verschlechtert, ist heute bereits Gemeingut weiter Kreise. Die öffentlichen Auseinandersetzungen über die Probleme der Wirtschaftssituation und Wirtschaftsnot leiden aber an dem Mangel jeglicher statistischen Unterlagen, denn die Ergebnisse der Volkszählung des Jahres 1907, die heute immer noch herangezogen werden müssen, geben für die Gegenwart der beruflichen Schichtung der Juden in Deutschland kein rechtes Bild. Es ist unter diesen Umständen außerordentlich zu bedauern, daß die repräsentativen Körperschaften des deutschen Judentums, Gemeinden, Landesverbände und Großorganisationen, trotz des Interesses, das sie den Fragen der Wirtschaftsnot entgegenbringen, sich noch immer nicht dazu aufgerafft haben, eine Stelle zu schaffen, deren Aufgabe es wäre, die wirtschaftlichen Vorgänge zu beobachten, das verstreute Material zu sammeln und nach Hilfs- und Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

Die mangelhafte Fundierung der bisherigen Auseinandersetzungen ist auch um so bedauerlicher, als sich in weiten jüdischen Kreisen allmählich eine Katastrophenstimmung bemerkbar macht, die ebensowenig begründet ist, wie die Hoffnungsfreudigkeit, die sich im wesentlichen darauf stützt, daß mit einer Aenderung der gesamten Wirtschaftssituation auch die Wirtschaftslage der Juden eine erhebliche Aenderung erfahren müßte, oder daß durch „eine synthetische Wirtschaftsauffassung und eine Durchdringung des Wirtschaftslebens mit religiösem Geiste" eine Besserung der Verhältnisse eintreten könnte. Dort, wo diese Hoffnungen auf eine Besserung der Verhältnisse gepflogen werden, übersieht man Momente, die von entscheidender Bedeutung sind. Es kann zwar nicht bestritten werden, daß die Wirtschaftslage der Juden eng an die Wirtschaftssituation der nichtjüdischen Umwelt gebunden ist. Aber darüber hinaus gibt es spezifisch jüdische Wirtschaftsmomente, die nicht ohne weiteres übersehen werden dürfen. Der wirtschaftliche Abstieg, den die deutschen Juden heute erleiden, ist für den Kenner jüdischer Wirtschaftsgebiete, namentlich, wenn man das Beispiel der osteuropäischen Länder heranzieht, keineswegs überraschend. Im deutschen Judentum vollzieht sich heute derselbe Prozeß, der das osteuropäische Judentum bereits seit Jahrzehnten erfaßt hat, d. h. die Juden werden durch die wirtschaftliche Entwicklung der nichtjüdischen Umwelt allmählich aus jenen Wirtschaftszweigen gedrängt, in denen sie sich jahrzehntelang betätigen konnten, und deren Aufstieg sehr oft nur der rastlosen Energie jüdischer Menschen zu verdanken ist. Darüber hinaus ist die wirtschaftliche Entwicklung der Gegenwart — und zwar hat sie bereits vor dem Kriege eingesetzt — ihrem Wesen nach eine derartige, daß sie dem jüdischen Menschen in der Wirtschaft immer größere Erschwernisse entgegenstellt. Wenn noch hinzugefügt wird, daß diese Entwicklung sich fast ohne Uebergang vollzogen hat, denn der Krieg und seine Folgen haben den Umschichtungsprozeß in der Wirtschaft außerordentlich beschleunigt, so sind im wesentlichen jene Momente gegeben, die als eine Beeinträchtigung der Juden in der Wirtschaft angesehen werden können. Eng im Zusammenhang mit diesen Tatsachen machen sich bei den Juden in besonders starkem Umfange die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges bemerkbar. Um diese ganz zu verstehen, ist es notwendig, sich noch einmal die wirtschaftlichen

Folgen des Krieges zu vergegenwärtigen und die Gruppen festzustellen, die im Kriege wirtschaftlich gewonnen oder verloren haben. Wenn wir hier in groben Umrissen drei große Wirtschaftsgruppen bezeichnen, Großindustrie und Großkapital, Mittel- und Kleinbürgertum, Arbeitnehmerschaft aller Kategorien, so können wir feststellen, daß die Großindustrie und das Großkapital sowohl im Kriege wie auch nach dem Kriege außerordentlich verdient haben. Auf der anderen Seite der Wirtschaftsfront steht die Masse der Arbeitnehmerschaft aller Berufe und aller Kategorien. Diese hat während des Krieges ungeheuere Opfer gebracht, sie hat nach dem Kriege in Not und Elend gedarbt, ihr Lebenskampf ist auch heute noch außerordentlich schwer. Zwischen den zwei großen Fronten Kapital und Arbeit steht das Mittel- und Kleinbürgertum, das man als den eigentlichen Verlierer des Krieges bezeichnen kann. Die Mittel- und Kleinbetriebe sind im Kriege stark zurückgegangen, nach dem Kriege fehlte es an Kapital, sie wieder aufzubauen; dort, wo noch Kapitalsreserven zurückblieben, sind sie durch die Inflation vollständig entwertet worden. Hunderttausende von Angehörigen des Bürgertums, die im Jahre 1914 sich noch der Illusion eines gesicherten Lebensabends und einer gesicherten Zukunft ihrer Kinder hingeben konnten, sind nach dem Kriege, aller Mittel entblößt, erneut gezwungen worden, sich wirtschaftlich zu betätigen und sich zum größten Teil in das Heer der Arbeitnehmer einzureihen. Ihre Kinder, die früher einmal dazu bestimmt waren, die Erbschaft der Väter zu übernehmen oder sich für den Aufstieg in die Gruppe der freien Berufe vorbereiten konnten, konnten ihre Studien nicht mehr vollenden. Auch sie waren gezwungen, sich wirtschaftlich der Arbeitnehmerschaft einzuordnen.

Hier treten die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Juden besonders kraß hervor. Denn die Juden in Deutschland sind zum größten Teil dank ihrer eigenartigen Berufsschichtung, die mehr als die Hälfte der Juden in die kaufmännischen Berufe zusammendrängt, ein ausgesprochen mittelständlerisches Element, eine Bevölkerungsschicht, die auf ihre bürgerliche Wohlhabenheit und Sicherheit mit besonderem Stolze blicken konnte. Da der Prozentsatz des Bürgertums bei den Juden besonders groß ist, sind die wirtschaftlichen Rückschläge, die das Bürgertum erlitten hat, für das deutsche Judentum besonders schwer, ja viel schwieriger, als für alle anderen Angehörigen des Bürgertums. Denn während die verarmten bürgerlichen Schichten für sich und ihre Kinder die Möglichkeit der wirtschaftlichen Umstellung in großem Umfange haben, sind diese Möglichkeiten für das jüdische Bürgertum sehr begrenzt. Die anderen haben den Prozeß der Umschichtung der Wirtschaft, der die Zahl der Angestellten beim Staat, im Handel und Verkehr außerordentlich ansteigen ließ, mit der Zeit mitgemacht. Für die Juden ist der Uebergang in die Gruppe der Angestelltenberufe fast unmöglich geworden, denn Hand in Hand mit der Entwicklung, die oben gekennzeichnet wurde, hat die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft in einem bisher nicht gekannten Umfange eingesetzt. Leider entbehren wir hier besonders der statistischen Unterlagen, aber die Erfahrung des Tages hilft uns bei den Feststellungen, daß die Zahl der Betriebe, die ganz judenrein sind, immer größer wird, daß ganze Wirtschaftszweige, die früher von Juden stark beeinflußt waren, heute vollständig judenrein sind, daß gerade jene Wirtschaftszweige, die im Zuge der Konzentration des Kapitals ungeheure Ausdehnung erfahren haben, wohl an ihren Spitzen noch jüdische führende Persönlichkeiten zeigen — aus der Masse der Arbeitnehmer aber sind die Juden vollständig ausgeschaltet. Die Verengung des Arbeitsmarktes für die gesteigerte Zahl der jüdischen Arbeitnehmer ist eine der traurigsten Erscheinungen der gegenwärtigen Wirtschaftssituation und eines der wichtigsten Probleme, die heute die jüdische Oeffentlichkeit beschäftigen.

Die Lage der rumänischen Juden.

Mit Recht horcht die jüdische Oeffentlichkeit in der ganzen Welt gespannt auf die Trauernachrichten aus Rumänien. Dieses Land, seit jeher eine Brutstätte des Judenhasses und Kampfplatz der ihre eigene Herrschaft sichernden Feudalen gegen die Juden, hallt jetzt wider vom Geschrei randalierender, plündernder und mordender antisemitischer Banden, die von Halbintellektuellen aufgeputscht wurden. Jedoch besteht zwischen den antisemitischen Ausschreitungen in den letzten Monaten in Rumänien und den Exzessen gegen die Juden, wie sie in früheren Jahren vorgekommen sind, ein großer Unterschied. Damals waren es dünne herrschende Schichten, die immer wieder mit Erfolg versuchten, die Empörung der Bauern von sich auf die Juden abzulenken. Zwischen dem rumänischen Volk und den Juden aber gab es keine prinzipiellen Gegensätze, die zu einer Explosion hätten führen müssen. Das Land war primitiv, die Wirtschaft wenig entwickelt, ein Mittelstand, aus christlichen Rumänen bestehend, war nicht vorhanden, eine Genossenschaftsbewegung existierte nicht einmal in der Theorie — die wirtschaftliche Rolle der Juden als hauptsächliche Vertreter des Handwerker- und Handelsstandes war unerläßlich für die Gesamtwirtschaft. Dei politische Entrechtung — die Juden galten auch vor dem Gesetze als Fremde — war zwar sehr unangenehm, wirtschaftlich jedoch konnten die Juden in Rumänien existieren.

Heute sind die Verhältnisse in Rumänien durchaus anders. Zunächst ist festzustellen, daß die Juden bis auf eine geringe Ausnahme, die nicht ihre Zugehörigkeit zu einer rumänischen Heimatgemeinde nachzuweisen vermag, naturalisiert sind und wenigstens theoretisch die gleichen politischen Rechte genießen wie die anderen Teile der Bevölkerung. In den gesetzgebenden Körperschaften, Kammer und Senat, sitzen jüdische Vertreter. Der allmächtige Großgrundbesitz ist, wie in keinem anderen Lande Osteuropas (abgesehen von Sowjetrußland) durch eine weitgehende Bodenreform seiner früheren Machtstellung entkleidet. Das rumänische Volk entwickelt in zunehmendem Maße einen Bürgerstand, und die Regierung, seit zwei Jahren eine demokratisch-bäuerliche, hat sich redliche Mühe gegeben, demokratische Grundsätze im Lande zu verwirklichen. Man müßte nun meinen, daß parallel mit diesem unleugbaren Fortschritt des rumänischen Staates und mit seiner Modernisierung und Entbalkanisierung die Voraussetzungen für eine Sicherung der jüdischen Position gegeben sein müßten. In Wirklichkeit ist wohl der politische Status der Juden besser geworden, die Grundlagen der wirtschaftlichen Existenz der Juden aber haben sich außerordentlich verschlimmert. Es stellte sich nämlich heraus, was übrigens für die Judenheiten in der ganzen Welt zutrifft, daß die Judenfrage nicht nur eine politische und kulturelle, sondern daß sie vor allem eine spezifisch wirtschaftliche ist, und zwar nicht nur wirtschaftlich im Sinne der Staats- oder Weltwirtschaft, sondern jüdisch-wirtschaftlich. Da die Juden in Rumänien genau so wie in allen Ländern der Welt hauptsächlich dem Mittelstande angehören und die Tendenz in der ganzen Welt zu einer Einengung der wirtschaftlichen Basis des Mittelstandes führt, so sind sie in Rumänien von der Entwicklung im Lande stärker betroffen als andere Schichten der Bevölkerung. Ueberdies sind sie Gegenstand schärfster Konkurrenz seitens des nichtjüdischen Mittelstandes, der sich rapid entwickelt. Sie haben also doppelt zu leiden: als Mittelständler und als jüdische Mittelständler.

Außerdem kommt in Rumänien noch ein Faktor hinzu. Rumänien ist ein Agrarland, und die Regierung muß selbstverständlich in erster Linie auf die Bauernschaft Rücksicht nehmen. Aehnlich wie in Polen ist in Rumänien der allgemeine Regierungskurs in der Steuergesetzgebung und in der wirtschaftlichen Förderung gegen die Stadt gerichtet. In Rumänien bedeutet jedoch Stadt, wie in Polen und in Litauen, nichts anderes, als Juden. Also ist die Regierungspolitik, mag sie auch hundertmal erklären, daß sie nicht antijüdisch ist und nicht antijüdisch sein will, in ihren Auswirkungen scharf gegen die Juden gerichtet. Das zeigte sich in Rumänien in den letzten zwei Jahren besonders kraß. Die Regierung förderte sehr stark das bäuerliche Genossenschaftswesen durch Schaffung von bäuerlichen Zentralbanken, die die Aufgabe haben, die landwirtschaftlichen Verkaufs- und Einkaufsgenossenschaften finanziell zu unterstützen. Dadurch wurden automatisch die vielen Tausende von jüdischen Händlern und Krämern, die einerseits als Aufkäufer landwirtschaftlicher Produkte, andererseits als Verkäufer landwirtschaftlicher Bedarfsartikel ihre Existenz fanden, brotlos. Hinzu kam der furchtbare Preissturz auf dem Weltmarkte für alle Arten von Getreide. Hinsichtlich der Waren fand eine ähnliche Preisreduktion statt. Der rumänische Bauer erzielte infolge der gesunkenen Getreidepreise für seine Ernte nur den dritten Teil dessen, was er sonst für sie bekam. Außerdem bedeutete die Bevorschussung seiner Ernte durch die Genossenschaften für ihn einen Anreiz, mit dem Verkaufe seiner Produkte zu warten. Dadurch wurden diese noch mehr entwertet und ihr Ertrag reicht kaum hin, um den Vorschuß der Genossenschaften samt den aufgelaufenen Zinsen zu bezahlen. Der Bauer ist in einer argen Notlage. Wenn er nun in die Stadt kommt

und eine notwendige Ware kaufen will, muß er für sie einen Betrag bezahlen, der der dreifachen Getreidemenge entspricht, die er vor zwei Jahren verkaufen mußte, um sich in den Besitz dieser Ware zu setzen. Warenbesitzer sind die Juden. Und die ganze Empörung, die der Bauer gegen Obrigkeit und wirtschaftliche Lage empfindet, wendet sich gegen den verhaßten jüdischen Krämer, dem der Bauer, der die Zusammenhänge nicht zu unterscheiden vermag, den Vorwurf macht, daß er die Bevölkerung auswuchere.

Der nichtjüdische Mittelständler ist natürlich in gleicher Weise von der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse betroffen, wie alle anderen Teile der Bevölkerung. Auch er übersieht die Zusammenhänge nicht und gibt dem jüdischen Konkurrenten die Schuld an der Misere. Aus den Kreisen des nichtjüdischen Mittelstandes kommen nun die antisemitischen Agitatoren, die sich auf die Dörfer ergießen, die Bauern aufhetzen und dann in die Stadt ziehen, um an den Juden Rache zu nehmen. Die Regierung hatte zunächst diese antisemitischen Hetzapostel gewähren lassen. Im tiefsten Grunde fühlt sie aber, daß der Haß der Bauern nicht bei den Juden Halt machen werde, und sie ahnt, daß sich die Bewegung dann gegen sie selbst kehren könnte. Aus diesem Grunde hat sie, weil sie überdies noch ausländische Anleihen nötig hat, in den letzten Tagen energische Schritte unternommen, um den antisemitischen Ausschreitungen im Lande einen Damm entgegenzustellen. Es ist kein Zweifel, daß ihr das gelingen kann, wenn sie tatsächlich ihre Machtmittel in Anwendung zu bringen gewillt ist. Es ist eine alte Erfahrung, daß Pogrome nur mit Duldung und niemals gegen den ernsten Willen der Behörden vorkommen können.

Aber gesetzt den Fall, daß es tatsächlich der rumänischen Regierung gelingen wird, durch Machtmittel die Bauernschaft im Zaume zu halten. Prinzipiell ist damit die Lage der Juden in Rumänien keineswegs saniert. Sicherlich ist es tröstlich zu wissen, daß in Rumänien jüdisches Leben und jüdische Habe nicht mehr vogelfrei sind. Aber die wirtschaftliche Entwicklung Rumäniens kann durch Polizei- und Militäraufgebot nicht geändert werden. Die wirtschaftliche Lage der Juden in jenem Lande ist ebenso trost- und aussichtslos wie in Polen und in anderen Ländern des Ostens. Und nicht nur des Ostens, sondern auch Deutschlands und Oesterreichs. Man mag die Dinge drehen und wenden wie man will, man kommt immer wieder zur Bestätigung dessen, daß die Situation der Juden nicht mit kleinen Mitteln geändert werden kann, sondern nur durch eine großzügige Umbildung der gesamten jüdischen Volksstruktur.

Das deutsche Judentum im Spiegel der Statistik.

Im Rahmen seines von der Berliner Zionistischen Vereinigung veranstalteten Vortragszyklus sprach Dr. Siegfried Kanowitz über „Das deutsche Judentum im Spiegel der Statistik". Er stützte sich dabei auf die Untersuchungsergebnisse von Theilhaber, Koralnik, Birnbaum und Kaleko. Einleitend stellte er den Satz auf, daß die Zahlen das Schwinden der jüdischen Substanz beweisen, und daß man als einzige wirksame Abwehr den Zonen des Verfalls solche des Aufbaues entgegensetzen müsse. So erhalte Palästina auch von dieser Seite her Bedeutung. In den 80er Jahren hat eine Aufwärtsentwicklung des deutschen Judentums eingesetzt. Aus den Ostprovinzen ging ein Strom nach dem Westen, gleichzeitig kam die Einwanderung aus dem Osten, von der Kleinstadt ging der Zug in die Großstadt. Zugleich werden die wirtschaftlichen Positionen besetzt, die man bis zum Kriege besaß. Bestimmte Berufe gerieten unter jüdischen Einfluß. Heute erfolgt der Abbau dieses Einflusses, teils durch Verdrängung, teils deshalb, weil diese Berufe heute an Bedeutung verloren haben. Hier liegt ein spezifisches jüdisches Wirtschaftsproblem vor. Trotzdem sind die Keime des Unterganges frühzeitig vorhanden gewesen. Ohne die Zuwanderung aus den Ostländern wäre ein rapider Verfall eingetreten. Von 1910 bis 1925 sank die Zahl der deutschen Juden von 615 000 auf 564 000! In etwa 50 Jahren wird allein Berlin zirka 75 000 Juden verloren haben, wenn kein Zuzug erfolgt. Von 1871 bis 1925 sank der prozentuale Anteil der Juden an der deutschen Bevölkerung von 1,2 Prozent auf 0,9 Prozent. In den Großstädten mit über 100 000 Einwohnern sind ⅔ in Orten mit unter 10 000 Einwohnern nur 17 Prozent der Juden wohnhaft. 80 Prozent der zeugungsfähigen Jahrgänge sind in Berlin konzentriert, stehen aber unter dem Einfluß der Weltstädte. Die Großstadt erzeugt nun Entjudung, Ehelosigkeit, Geburtenbeschränkung, Taufe und Mischehe. Während die berufliche Gliederung in den östlichen Kleinstädten noch halbwegs bodenständig war, änderte sich dies durch das Abströmen aus Posen (Westpreußen). Insgesamt sind 250 000 Juden von dort fortgegangen, davon 100 000 nach Berlin. Aber auch manche größeren Gemeinden hatten schwere Verluste. Die Juden werden aus ihren Positionen in Finanz, Industrie und Großhandel verdrängt, da die Zeit der individuellen Kapitalisten vom anonymen Kapitalismus abgelöst wird. Besonders typisch hierfür ist der Verlust des Metall-Großhandels für das deutsche Judentum. Der Jude unterliegt im Kampf mit Gemeinwirtschaft und Volkskapital. Dabei nahm der Anteil der Juden an Handel und Verkehr bis 1925 noch zu. Die Versuchung, einer gefährdeten Gruppe zu entfliehen, steigert sich dadurch natürlich. Aber auch der Versuch einer Produktivierung führt zur Assimilation, da das deutsche Judentum auf den Stil des Kleinbürgertums zugeschnitten ist. Der Jude wird also zwischen Kapital und Arbeit zerrieben, er wird einerseits vom Kapital heute nicht mehr aufgenommen, andererseits bezahlt er die Aufnahme in die Arbeiterschaft sehr teuer. Die Anteilsteigerung an Handel und Verkehr bedeutet nicht ein Steigen der Selbständigen, sondern nur der jüdischen Angestelltenschaft. Der vermittelnde und verwaltende Charakter des deutschen Judentums hat sich so noch stärker ausgeprägt. Die jüdischen Eheschließungen sind spärlich. Ein Viertel der Juden heiraten nicht, ein Viertel bleibt kinderlos verheiratet, ein Viertel hat ein Kind, nur ein Viertel mehr als ein Kind. Die Spätehe ist typisch bei Juden. Etwa 16 Prozent der Jüdinnen bleiben unverheiratet. Die Kurve der Geburten ist dauernd gesunken. 1875 bis 1880 betrug die Ziffer 31 pro 1000, 1906 nur 16 pro 1000 (selbst Frankreich hatte 19 bis 21 pro 1000). 1925 hatte das preußische Judentum nur 11 pro 1000 Geburten (1910 noch 14 pro 1000). Notwendig wären zur Arterhaltung mindestens 14,3 pro 1000. Berlin hat trotz seiner jungen Jahrgänge pro Jahr ein Bevölkerungsdefizit von 1500 jüdischen Seelen. Hier dürfte die Geburtenziffer nur 5 bis 6 pro Tausend betragen. (Palästina hat dagegen 35 pro Tausend bei den Juden.) Auch die jüdische Sterblichkeit beginnt zu steigen, weil die Ueberalterung ungünstig wirkt. Einige Zeit hindurch lag sie sehr günstig. 1920 bis 1927 wurden in Preußen 40 000 Juden geboren und 45 676 starben. Auf jede jüdische Ehe kommen 1½ Kinder. Koralnik schlägt als Abhilfsmaßnahme eine Senkung der Sterblichkeit durch Sanierung des Ostjudenquartiers bei uns vor. Die Taufe spielt heute keine große Rolle, mehr der Austritt (zu den Dissidenten). Nur ein Viertel der Kinder aus den Mischehen bleibt Juden. Ein Viertel aller jüdischen Eheschließungen waren Mischehen. (20 000 in den letzten 16 Jahren). 1929 kamen auf 2780 rein jüdische Ehen 1500 Mischehen. Die verschiedenen bevölkerungspolitischen Vorschläge, die man all dem gegenüber machte, haben nur begrenzte Bedeutung. Die Wichtigkeit von Wanderung und Ansiedlung erlangt daher auch unter diesem Gesichtspunkt erhöhtes Gewicht.

Jüdische Nachrichten.

Ein wichtiger Schritt der Berliner jüdischen Gemeinde

Angesichts der schwierigen politischen und wirtschaftlichen Lage der deutschen Juden hat der Vorstand der Berliner jüdischen Gemeinde in seiner letzten Sitzung den einstimmigen Beschluß gefaßt, den Versuch zu unternehmen, eine einheitliche Front der Abwehrbewegung des deutschen Judentums zu schaffen.

Zu diesem Zweck hat der Gemeindevorstand eine Konferenz einberufen, zu welcher die Zentralvorstände des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens und der Zionistischen Vereinigung für Deutschland gebeten wurden, Vertreter zu entsenden. Auf der Konferenz soll der Versuch gemacht werden, alle Kräfte des deutschen Judentums für den Kampf gegen die antisemitische Hochflut zusammenzufassen.

Ein Aufruf des Central-Vereins anläßlich der bevorstehenden Reichstagswahlen.

Berlin. (JTA.) Der Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens veröffentlicht in der „C.-V.-Zeitung“ vom 25. Juli den folgenden Aufruf anläßlich der bevorstehenden Reichstagswahlen:

An die deutschen Juden!

Der Reichstag ist aufgelöst. Mit einem heftigen Wahlkampf ist zu rechnen. Der Nationalsozialismus hofft auf große Erfolge. Seinem Judenhaß mit allen Mitteln entgegenzutreten, ist Euer aller Pflicht. Wir rufen unseren Freunden, wir rufen allen Juden zu: Kampf der Pogromhetze! Kampf dem Boykott! Kampf aller böswilligen Verleumdung von Juden und Judentum! Kein neues Thüringen im Reiche! Für Frieden im Lande! Denkt an die Zukunft unseres Vaterlandes!

Deutsche Juden, helft uns!

Tretet in unsere Reihen, gesellt Euch zu den Streitern für jüdische Ehre und staatsbürgerliche Freiheit! Eure Gleichberechtigung ist bedroht! Bietet alles an ideellen und materiellen Kräften auf, um den Anschlag auf Eure höchsten Güter abzuwehren!

Stärkt namhaft unsern Kampffonds 1930!

Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens.
Justizrat Dr. Brodnitz.

Kundgebung der Mittelpartei. Der Vorstand der religiösen Mittelpartei für Einheit und Friede in der Gemeinde Berlin hat in seiner Sitzung vom 7. Juli 1930 den folgenden Beschluß gefaßt: Im Spätherbst d. J. sollen in Preußen die Wahlen zum Landesverband der jüdischen Gemeinden, in Berlin und in anderen Städten die Wahlen zu den Gemeindevertretungen stattfinden. Gemäß unserer Zielsetzung, die überparteilich darauf hinausläuft, Kämpfe und Spaltungen im jüdischen Gemeindeleben beseitigen zu helfen, fordern wir in einer wirtschaftlich außerordentlich ernsten, politisch heftig bewegten Zeit alle an verantwortlicher Stelle stehenden jüdischen Männer und Frauen auf, sich mit heiligem Ernste dafür einzusetzen, daß die jüdischen Wahlen durch irgend einen für alle Teile erträglichen Ausgleich vermieden werden. Die für einen Wahlkampf erforderlichen erheblichen Geldmittel sind zur Linderung der Not und des Elends unter den deutschen Juden, sowie zur Bekämpfung des immer mehr sich ausbreitenden Antisemitismus weit zweckmäßiger und gerechtfertigter zu verwenden. Der Vorstand der Mittelpartei wird persönlich alles bis zum letzten einsetzen, um die Parteien zu bestimmen, von einem Wahlkampfe abzusehen. Er bittet seine Parteifreunde, wo immer sie Einfluß haben, ihn in seinen Bestrebungen in geeigneter Weise zu unterstützen und mit für die Ausschaltung eines unter den gegenwärtigen Verhältnissen unverantwortlichen Wahlkampfes besorgt zu sein.

Berlin. Kammergerichtsrat Leo Wolff beging am 29. Juli seinen 60. Geburtstag. Er gehört seit 1918 dem Gemeindevorstand an und wurde 1920 ihr zweiter stellvertretender Vorsitzender und später erster Vorsitzender der Berliner Jüdischen Gemeinde. Seit 1926 ist er erster stellvertretender Vorsitzender der Gemeinde und Präsident des Preußischen Landesverbandes.

Der Abschluß der liberalen Weltkonferenz.

London. (JTA.) Neben dem Plenum der liberalen Weltkonferenz in London, bei deren Schlußsitzung, stürmisch begrüßt, Rabbiner Dr. Baeck (Berlin) doch noch sprechen konnte, nachdem er vorher verhindert war, der Konferenz, wie beabsichtigt, beizuwohnen und aktiv an ihr teilzunehmen, fanden noch Sonderverhandlungen in Sektionen statt. In der Frauensektion sprach aus Deutschlnad Frau Ottilie Schönewald, in der Jugendsektion referierte Hilde Lachmann-Mosse.

Den gesellschaftlichen Abschluß der Tagung bildete am Nachmittag ein gemeinsamer Ausflug nach Schloß Windsor und ein Tee bei Mr. und Mrs. Samuel Wallrock in Stanmore, ferner ein Empfang bei Mr. und Mrs. Ernest Joseph in Frognal, in dessen Haus sich die große Gesellschaft von London-Westend mit den Delegierten der Konferenz vereinigte. Im Laufe des Abends bot Herr Oberkantor Alt aus Aachen unter Begleitung von Herrn Dr. Schildberger-Berlin einige Gesänge und erntete lebhaften Beifall.

Kurssturz rumänischer Wertpapiere und die Antisemitenexzesse.

Czernowitz. (J. T. A.) Dem „Czernowitzer Morgenblatt“ wird aus Bukarest gemeldet: Eine Bukarester Großbank fragte in Londoner Finanzkreisen an, aus welchem Grunde in den letzten Tagen die Kurse der rumänischen Wertpapiere in England zurückgegangen seien. Auf diese Anfrage wurde geantwortet: „Es sei schwer, die genauen Ursachen der Kursrückgänge anzugeben. Aller Wahrscheinlichkeit nach aber sind die Kursrückgänge auf die letzten antisemitischen Ausschreitungen in Rumänien zurückzuführen, welche auf die englische öffentliche Meinung einen sehr schlechten Eindruck gemacht haben.

Aus der Gemeinde.

Die Zeiten des Gottesdienstes.

	Abend	Morgen	Abend
1./2 August	7¼ Uhr	9 Uhr	9.06 Uhr
3. August	Tischoh beaw	8 Uhr	7.30 Uhr
8./9. August	7¼ Uhr	9 Uhr	8.51 Uhr
15. 16. August	7¼ Uhr	9 Uhr	8.36 Uhr
22./23. August	7¼ Uhr	9 Uhr	8.20 Uhr
29./30. August	7¼ Uhr	9 Uhr	8.05 Uhr

Die jüdischen Organisationen in Duisburg.

1. **Jüdische Gemeinde.** Vorsitzender: Max Levy. Adresse: Angerstraße 9.
2. **Machsike Hadas.** Vorsitzender: Sch. Hauser, Wanheimerstr. 30. Briefadresse: J. Ziegenlaub, Pulverweg 10.
3. **Jüdische Schule.** Am Buchenbaum 32. Leiter: Fritz Kaiser, Landwehrstraße 21, Telephon 4 28 77 Nord.
4. **Jüdischer Kinderhort.** Beguinengasse. Leiterin Fräulein Toni Goldschmidt, Marienstraße 33.
5. **Talmud Thora.** Leitung: Samuel Ostersetzer, Wildstraße 36.
6. **Komitee für Hebräische Kurse.** Adresse: Edmund Levy, Marienstraße 33.
7. **Israelitischer Hilfsverein.** Vorsitzender: Max Löwe, Kuhlenwall 30.
8. **Bikur Cholim.** Vorsitzender: J. Assenberg, Wanheimer Str. 74.
9. **Israelitischer Frauenverein.** Vorsitzende: Frau A. Lilienfeld, Hindenburgstraße 33.
10. **Duisburg-Loge zur Treue U. O. B. B.** Präsident: Rechtsanwalt Dr. Katzenstein.
11. **Central-Verein deutscher Staatsbürger jüd. Glaubens.** Vorsitzender: Rechtsanwalt Dr. Richard Rosenthal, Königstraße 12.
12. **Zionistische Vereinigung.** Vorsitzender: Rechtsanwalt Max Simon, Königstraße 10.
13. **Jüdisch-sozialdemokratische Arbeiterorganisation Poale Zion.** Vorsitzender: R.-A. Dr. Kolski, Hindenburgstraße 1.
14. **Jüdisch-liberaler Gemeindeverein.** Vorsitzender: Rechtsanwalt Dr. Sally Kaufmann, Königstraße 24.
15. **Verband ostjüdischer Organisationen, Ortsgruppe Duisburg.** Vorsitzender: Herr Gerler, Beekstraße 10.
16. **Reichsbund jüdischer Frontsoldaten.** Vorsitzender: Dipl.-Ing. Alfred Plaut, Lippestraße 1.
17. **Jüdischer Frauenbund.** Vorsitzende: Frau Rechtsanwalt Ruben, Neckarstr. 52. Schriftführerin: Frau Hertha Herzstein, Sternbuschweg 23 c.
18. **Verband Jüdischer Frauen für Palästinaarbeit.** Vorsitzende: Frau Anna Levy, Marienstraße 33.
19. **Jüdischer Jugendbund.** Vorsitzende: Martha Sommer, Hans Waldstein. Anschriften an Leni Rosenberg, Kaiser-Wilhelmstraße 94.
20. **Jüdischer Turn- und Sportverein „Itus“, Duisburg.** Vorsitzender: Dr. B. Hallenstein. Anschrift: Erich Artmann, Duisburg, Bungertstraße 22.
21. **Hechaluz.** Vorsitzender: J. Schayer, Königstraße 46.
22. **Jung-Jüdischer Wanderbund.** Adresse: Heini Keusch, Breitestraße 38.
23. **Zeire-Misrachi.** Anschrift: Regina Gerhard, Universitätsstr. 27.
24. **Jüdischer Jugendring (J. J. R.).** Ortsgruppenleiter: Karl Steinberg. Anschrift: Gerda von Leeuwen, Tonhallenstraße 66. Tel. 16 61.
25. **Esra.** Anschrift: Malli Isler, Universitätsstraße 20.
26. **Bar Kochba,** 1. Vorsitzender: Edmund Levy. Anschrift: Clara Rosenbaum, Ruhrorterstr. 37.
27. **Agudas Jisroel.** Vorsitzender: S. Ostersetzer, Wildstraße 36.

Jahrzeit, am Vorabend des angegebenen Tages beginnend: 18. August Schwester Erna Levy.

Jahrzeit (am Vorabend des angegebenen Tages beginnend):

Wer Jahrzeit hat, pflege den schönen alten Brauch, sich im Gedenken an seine Lieben durch Spenden an unsere Gemeindevereine sozial zu betätigen.

Familien-Nachrichten.

Ein Sohn geboren:

Herr Berg und Frau, geb. Bergmann, 30. Juni.
Herr Haber und Frau, geb. Apfelbaum, 2. Juli.
Herrn Mandel und Frau, geb. Löwy, 3. Juli.

Die Herbstfeiertage.

Rausch haschonoh beginnt am Abend von Montag, 22. September. Dienstag, 23. September, ist der erste, Mittwoch, 24. September der zweite Tag des Neujahrsfestes. Kol Nidre Mittwoch,

1. Oktober. Jom Kippur am Donnerstag, 2. Oktober. Das Laubhüttenfest beginnt am Abend von Montag, 6. Oktober. Dienstag, 7. und Mittwoch, 8. Oktober sind die ersten beiden Tage des Laubhüttenfestes. Hauschano rabbo am Montag, 13. Oktober. Sch'mini azeret fällt auf Dienstag, 14. Oktober. Mit Simchas tauro schließen am Mittwoch, 15. Oktober, die Herbstfeiertage.

In diesem Zusamenhang sei darauf hingewiesen, daß sämtliche Herbstfeiertage auf Werktage fallen, keiner auf Sabbat oder Sonntag. Der für das Geschäftsleben so wichtige 1. Oktober ist wenigstens zum größten Teil freigeblieben, da der Kol-Nidre-Gottesdienst in den meisten Gemeinden erst gegen 6 Uhr abends beginnt.

Die Jüdische Gemeinde bittet, ihr antisemitische Ausschreitungen stets sogleich mitzuteilen, und zwar unter genauer Schilderung des Sachverhalts, Angabe von Ort und Zeit und Benennung von Zeugen mit genauer Adresse. In letzter Zeit sind in einer ganzen Reihe von Fällen Gemeindemitglieder durch Antisemiten beleidigt und mißhandelt worden. Die Tür des Gemeindehauses wurde mit Kot besudelt und das Schloß mit Draht versperrt, so daß es nicht geöffnet werden konnte.

Gemeindevertretung. Sitzung vom 1. Juli 1930. Anwesend unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Epstein die Herren Brückner, Cohnen, Löwin, Meyer, Strauß, Weißfeld, vom Vorstand die Herren Levy, Rechtsanwalt Simon, Rechtsanwalt Dr. Kaufmann, auf Einladung Herr Rabbiner Dr. Neumark. Herr Plaut fehlte entschuldigt. Der Vorsitzende gedachte des verstorbenen Vorstandsmitglieds Eduard Gelber als eines Mannes der Gerechtigkeit. Mit einem langwierigen Kampf ums Recht sei sein Eintritt in die Gemeindevertretung verbunden gewesen. Nicht lange vor seinem Tode habe Gelber noch die Freude gehabt, ein neues gerechtes Gemeindegesetz mitzuschaffen. Gelber hat für seine gerechten Ziele sich mit Kraft eingesetzt, wie liebenswürdig er auch gewesen sei. Sein Gerechtigkeitssinn sei manchem zu weit gegangen. Das Andenken dieses Gerechten werde der Gemeinde zum Segen sein. Namens des Vorstandes bat Rechtsanwalt Dr. Kaufmann, in den Wintermonaten versuchsweise einen doppelten Freitagabend-Gottesdienst einzurichten. Dieser solle in möglichst gedrängter Form vor sich gehen. Wie der Zuspruch sein werde, könne man jetzt noch nicht wissen. Rabbiner Dr. Neumark: Der ordentliche Gottesdienst beginnt im Winter schon um 4.30 Uhr, in Berliner Synagogen und gottesdienstlichen Vereinigungen gebe es einen doppelten Freitagabend-Gottesdienst. Man wolle hier den Jugendverein zur Mitwirkung heranziehen. Man plane nicht einen Gottesdienst, sondern eine synagogale Sabbatfeier unter Auswahl der Gebete. Ob diese Feier jeden Freitag oder nur in Abständen stattfinden solle, sei zu überlegen. Eine Gewißheit über den Erfolg habe man nicht, man dürfe aber, da der Wunsch geäußert sei, auf einen Versuch eingehen. Herr Meyer: Im Sommer beginne der Gottesdienst erst um 7.15 Uhr, niemand aber komme außer den alten Stammgästen. Die berufstätige Jugend, die kommen könne, komme nicht. Dabei sei zu berücksichtigen, daß im Sommer der Besuch stärker sei als im Winter. Rechtsanwalt Dr. Kaufmann: Der zweite Gottesdienst solle für diejenigen eingerichtet werden, die deshalb dem gewöhnlichen Gottesdienst fernblieben, weil sie in ihm nicht die nötige Sabbatweihe fänden. Wesentliche Mehrkosten würden nicht entstehen. Er schlage die Einsetzung einer Kommission vor. Herr Levy bestritt, daß diese letzten Ausführungen im Namen des Vorstandes gemacht würden. Herr Rechtsanwalt Dr. Kaufmann bestätigte das. Herr Rabbiner Dr. Neumark hielt es für richtig, die Ausgestaltung des zweiten Gottesdienstes im Einvernehmen mit den Interessenten der Zukunft zu überlassen. Er bestätigte, daß im Winter der Besuch jedenfalls nicht stärker sei als im Sommer. Herr Cohnen bezweifelte, daß die geplante Ummodelung einen stärkeren Besuch zur Folge haben würde. Herr Meyer meinte, kein Liberaler könne an dem bisherigen Freitagabend-Gottesdienst Anstand nehmen. Allgemein sei die Ansicht, daß unser Freitagabend-Gottesdienst besonders würdig und schön sei. Es spräche nichts für die Hebung des Gottesdienstes durch Weglassung von Gebeten. Herr Rabbiner Dr. Neumark hielt eine weitere Verschönerung des Freitagabend-Gottesdienstes für möglich, besonders auch durch eine Ansprache. Rechtsanwalt Dr. Kaufmann: Man müsse den Plan mehrere Wochen vorbereiten. Der Sommergottesdienst dauere 35 Minuten. Wenn ihm noch eine Ansprache zugefügt werde, so werde er eine Stunde dauern. Da nach der Stimmung, die in der Gemeindevertretung herrsche, von den Gebeten nichts gestrichen werden würde, wäre eine solche Sabbatfeier zu lang. Also müsse eine Kürzung der Gebete eintreten. Dr. Epstein: Er sei grundsätzlich der Ansicht, daß man jeden nach seiner Fasson selig werden lasse. Natürlich könne man in einer kleineren Gemeinde nicht vielerlei Gottesdienste mit allen möglichen Variationen einrichten. Im Sommer seien die Angestellten und Inhaber von Betrieben nicht gehindert, den Gottesdienst um 7.15 Uhr zu besuchen. Man könne den Plan auch jetzt schon einmal ausprobieren, indem man dem Gottesdienst die gewünschte Ansprache einlege. Warum sollen wir Winterjuden schaffen? Es müsse verhindert werden, daß sich die beiden Gottesdienste Konkurrenz machten und schließlich keiner mehr besucht werde. Eine Vermehrung der Kosten sei unvermeidbar. Die Gemeindevertretung beschloß Vertagung der Sache bis zur nächsten Sitzung, damit inzwischen der Plan nachgeprüft werden könne. Dr. Epstein bat, darauf hinzuwirken, daß die Angestellten auf Wunsch, jedenfalls aber an den hohen Feiertagen, zum Gottesdienst beurlaubt würden, worauf sie auch einen Anspruch hätten. Derartige Wünsche würden von jüdischen Geschäftsinhabern oft abgelehnt. Er wies ferner auf die Frage des Ladenschlusses an Rosch haschanah und Jom Kippur hin. Dr. Neumark erklärte, die nötigen Schritte erst nach einer Tagung der rheinischen Rabbiner vornehmen zu wollen. — Herr Levy berichtete über die Frage der Friedhofshalle. Die Halle des von der Stadt angebotenen Krematoriums komme nicht in Frage, da die Mehrheit der Juden Gegner der Leichenverbrennung seien. — Rabbiner Dr. Neumark: Es gäbe bisher drei Vorschläge: 1. Die Benutzung der Halle des Waldfriedhofs, die jedoch architektonisch von einem großen Kreuz beherrscht werde. Die Stadt sei bereit, bei jüdischen Begräbnissen dieses durch einen Vorhang zu verdecken. Dagegen sträube sich das Gefühl schon mit Rücksicht auf die Empfindungen der Christen, von denen der Baumeister bei Anlage der Halle beherrscht gewesen sei. Eine Verdeckung des christlichen Symbols widerspreche dem Feingefühl auch des Juden. Sodann sei der Gemeinde der Vorraum der Leichenhalle angeboten worden. Dieser sei aber nicht schön und nicht feierlich. Es sei ein einfacher Warteraum. Die Benutzung der Halle des Krematoriums könne leicht als eine Sympathiekundgebung der jüdischen Gemeinde für die Leichenverbrennung gedeutet werden, eine derartige Mißdeutung sei zu vermeiden. Rabbiner Dr. Neumark schlug eine Lokalbesichtigung vor. Der Antrag wurde angenommen. Ueber die Beerdigungszeiten ist zwischen den Kirchengemeinden und der Stadt eine Vereinbarung zustandegekommen, die verschiedenen Glaubensgemeinschaften sollen zu wechselnden Zeiten ihre Toten beerdigen. — Herr Löwin berichtete über die Kassenrevision, die er zusammen mit Herrn Weißfeld vorgenommen habe. Er beanstandete vor allem den starken Lichtverbrauch und wandte sich gegen eine Jugendorganisation, die besonders rücksichtslos bei Benutzung des Gemeindezimmers sich benommen habe. — Der Jüdische Jugendring hatte beantragt, die ihm im Etat zugebilligte Subvention zu erhöhen und statt dessen die einer anderen Jugendorganisation bewilligte Zuwendung herabzusetzen. Der Antrag wurde schon aus dem Grunde abgelehnt, weil die Etatsbeschlüsse während des laufenden Etatsjahres Geltung haben müssen. — Die Gemeinde hatte, wie wir berichtet haben, bei der Stadt angefragt, ob auch von anderen Gemeinschaften als der Jüdischen Gemeinde Zuschüsse zu städtischen Schulen verlangt würden. Die Stadt antwortete, die Jüdische Schule zähle 191 Kinder, also 38,2 auf die Klasse. Nach den Beschlüssen der städtischen Ausschüsse müsse die Klasse 45 Kinder umfassen. Die Einrichtung der fünften Klasse durch die Stadt sei also ein großes Entgegenkommen; sie sei abhängig gemacht von einem durch die Jüdische Gemeinde zu leistenden Zuschuß. Von anderen Gemeinschaften Zuschüsse zu verlangen, habe die Stadt keine Veranlassung, da die Einrichtung anderer Schulen sich innerhalb der Bestimmungen hielte. Die Stadt verlangt einen Zuschuß von 1500 Mark solange, bis die Zahl von 45 Kindern pro Klasse erreicht sei. Rabbiner Dr. Neumark, der Mitglied der Schuldeputation ist, berichtete, es sei bei Einrichtung der fünften Klasse beschlossen worden, man wolle sich an die Jüdische Gemeinde wenden wegen Uebernahme eines Teiles der Kosten. Herr Levy wies auf das völlig unbillige Verlangen der Stadt hin, die jetzt 1500 Mark, in dem vorletzten Brief aber 1000 Mark verlangt habe. Rechtsanwalt Simon erinnerte daran, daß die Gemeinde nie eine Rechtspflicht zur Zahlung eines Zuschusses anerkannt, sondern stets abgelehnt habe, irgendeine Bindung für die Zukunft einzugehen. Eine Antwort auf die Frage des Vorstandes habe die Stadt nicht erteilt. Die Stadt bevorzuge andere Schulsysteme. Es stehe fest, daß sie anderen Zuschüsse erteile, z. B. Fahrkarten gebe. Es stehe fest, daß auch andere Schulsysteme nicht immer die festgesetzten runden Zahlen von Schülern erreichen. Bei der Gefahr, die die dauernde Betonung einer niemals übernommenen Rechtspflicht darstelle, müsse man den Schriftwechsel abbrechen und mündlich mit aller Deutlichkeit der Stadt unser Recht klarmachen. Demgemäß wurde beschlossen. — Es folgte eine geheime Sitzung.

In der Stadtverordnetensitzung vom 8. Juli wandte sich ein Nationalsozialist gegen die Reklame der jüdischen Warenhäuser, die das Sadtbild verunstalte. Uns scheint die jüdische Reklame das Stadtbild nicht mehr zu beeinträchtigen als die christliche. Die Nationalsozialisten verlangten auch ein Schächtverbot, natürlich nur aus Gründen des Tierschutzes. Sie selbst aber machen gern Jagd auf Menschen (z. B. in Duisburg auf Professor Lessing) und Tiere und verschmähen keineswegs die feinfühligen Treibjagden, in denen sie das arme Wild zu Tode hetzen. All das müssen wir

hier in einem jüdischen Blatt Juden sagen. In der Sitzung sagte es niemand. Die Parteien haben ja keinen einzigen Juden ins Rathaus kommen lassen. Sie wollten sich dieser „Belastungsprobe" so wenig aussetzen, wie die Berliner Sozialdemokraten, die ihren glänzend geeigneten jüdischen Parteigenossen Bern Meyer nicht Stadtbankdirektor werden lassen wollten und dadurch in den Tod trieben. — Nachdem dies geschrieben war, fand am 15. Juli wiederum eine Stadtverordnetensitzung statt, in welcher Rektor Hohmann (Sozialist) hier vorgekommene antisemitische Pöbeleien zurückwies, allerdings, nach der Feststellung der „Volksstimme", ohne mit seinen Worten eine Wirkung zu erzielen. Wir freuen uns über das Vorgehen des Herrn Hohmann, bedauern aber nach wie vor, daß die Juden nicht die Möglichkeit haben, im Stadtparlament selbst für ihr Recht einzutreten.

Der Wohlfahrtsverband der jüdischen Vereine Groß-Duisburgs fungierte bisher nur als Empfänger und Verteiler der städtischen Subvention. In einer Besprechung, zu der die Vorstände der angeschlossenen Vereine geladen waren, nahm Herr Rabbiner Dr. Neumark die Einbeziehung Hamborns in den Dachverband zum Anlaß, den Vorschlag zu machen, den Zusammenschluß auch zu tätiger Arbeit zu benutzen, aber die inneren Verhältnisse der Vereine unberührt zu lassen. Diesem Vorschlag wurde an diesem Abend nur insoweit Genüge getan, als für die verschiedenen Wohlfahrtsausschüsse der Stadt Vertreter gewählt wurden. Andere Vorschläge zu gemeinsamer Arbeit wurden diskutiert und zu erneuter Beratung zurückgestellt. Die Vertreter der Außenbezirke hielten es für unmöglich, das von der Gemeinde Duisburg geplante Wohlfahrtsamt für den ganzen Stadtbezirk auszubauen, hingegen wurde die Forderung der sofortigen Errichtung des Wohlfahrtsamtes für Alt-Duisburg erneut von allen in der sozialen und charitativen Arbeit Stehenden mit größtem Nachdruck erhoben.

Nathan Tillinger-Darlehnskasse. Am 3. Juli fand unter dem Vorsitz von Max Windmann eine Ausschußsitzung statt. Es wurde über die Arbeit während des 1. Vierteljahres des Bestehens der Darlehnskasse berichtet. Es wurden 30 Darlehen über insgesamt 5000 Mark ausgegeben. Die Darlehen sind sämtlich ohne Inanspruchnahme einer Bürgschaft in der vereinbarten Zeit zurückgezahlt. Die Kasse hat sich als außerordentlich segensreiche Einrichtung erwiesen und es wäre zu begrüßen, wenn das Kapital sich durch weitere Spenden erhöhen würde, sodaß die Arbeit noch weiter ausgedehnt werden könnte.

Kassenbestand	1,05 M	An Spenden	1430,— M
Bankbestand	58,40 M	An freiwilligen	
Außenstände	1430,— M	Spenden	65,50 M
		An Ausgaben	6.05 M
	1489,45 M		**1489,45 M**

Es wurden seit 23. März bis 2. Juli 1930 in 30 Fällen 5000 Mark an Darlehen ausgegeben.

Jüdischer Jugendbund. Infolge eines technischen Fehlers waren die Einladungen zum Heimabend am 15. Juli derart spät hinausgegangen, daß nur 20 Leute erschienen waren. Außerdem war der dritte Referent, Ernst Hirsch, nicht erschienen. Nicht anwesend waren auch die passiven Mitglieder sowie die Vertreter der anderen Ortsvereine, sodaß der eigentliche Zweck des Abends, eine Aussprache mit Nichtmitgliedern herbeizuführen, illusorisch wurde. Als erster berichtete Salomon Eigenfeld, Hamborn, über die Münchener Tagung, insbesondere über das Referat von Martin Buber „Wie kann Gemeinschaft werden"? sowie über die Generalaussprache, aus der er besonders hervorhob, daß die bisherige Verbandsleitung Entlastung erhalten habe. Sogar bei der strittigen Frage der Jewish Agency sei ihre Arbeit auch von Gegnern der Jewish Agency anerkannt worden. Man habe beschlossen, daß zur Erziehung in gesamtjüdischem Denken und Wollen auch die Arbeit für Palästina gehöre. Als zweiter berichtete Altmann über die soziale Nothilfe, die Neuorganisation der Stellenvermittlung und die zukünftige Arbeit des Verbandes. Einen großen Teil der künftigen Verbandsarbeit würde die Bekämpfung des Nationalsozialismus einnehmen. Es ginge nicht an, daß einzelne Organisationen diese Arbeit als ihr alleiniges Recht beanspruchten. Bei dieser Hauptarbeit müßten alle Juden mitarbeiten. Der Jugendbund habe die Aufgabe, dabei die Initiative zu ergreifen. Die einzelnen Bünde würden vom Verband noch Richtlinien für die Arbeit erhalten, auch solle versucht werden, mit nichtjüdischen Linksbünden in diesem Falle zu einem Zusammenarbeiten zu kommen. — Die auf die beiden Referate folgende Generalaussprache brachte nichts wesentliches. Man sprach in der Hauptsache über die Arbeitsmöglichkeiten in Duisburg. Im September soll noch einmal eine Versammlung einberufen werden, in der man über diese Arbeit sprechen will.

Ostjüdische Versammlung. Am 9. Juli berichtete Herr Brodinger über den Delegiertentag des Ostjudenverbandes in Essen, nachdem er des verstorbenen Freundes Eduard Gelber gedacht hatte. Die Ostjuden seien heute in Deutschland fest zusammengeschlossen. Ihr Verband sei kein Zweckverband mehr, sondern habe auch im jüdisch politischen Leben die Pflicht, mitzusprechen und mitzuarbeiten. Dem Verband seien Aufgaben in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht gestellt. Die Jugendarbeit bedürfe besonderer Beachtung. In der regen Diskussion hob Herr Gerler hervor, das Zusammengehen von Zionisten und Ostjuden sei eine Selbstverständlichkeit.

Fußball. Sportvereinigung Cohen u. Epstein gegen Itus Duisburg 3:1 (2:1). Einen bemerkenswerten Erfolg errang beim Abendspiel am 3. Juli die 1. Mannschaft der neugegründeten Sportvereinigung der Firma Cohen u. Epstein, über die 1. Mannschaft des Jüdischen Turn- und Spielvereins zu Duisburg. Auf dem Sportplatz an der Aderfähre entwickelte sich ein flottes Spiel. Die C. u. E.-Mannschaft konnte durch wunderbaren Flachschuß des halblinken Stürmers in Führung gehen. Durch ein Mißverständnis zwischen Torwart und Verteidigung der C. u. E.er erzielte Itus den Ausgleich. Vor Halbzeit gelang dem Mittelstürmer der C. u. E. Mannschaft der Führungstreffer. Derselbe Spieler erzielte Mitte der zweiten Halbzeit durch wuchtigen Schrägschuß das dritte Tor. Der C. u. E.-Sturm zeigte ein feines Zusammenspiel. Die Hintermannschaft arbeitete sehr zuverlässig. Die Itusspieler führten zwar ein gutes Einzelspiel vor, doch fehlte der nötige Zusammenhang in der Mannschaft.

Das gute Beispiel. S. Gottdiener, Mitglied der Düsseldorfer jüdischen Gemeindevertretung, läßt soeben eine Schrift erscheinen: „Zur Frage einer jüdischen Volksschule in Düsseldorf", eine instruktive, warmherzige Darstellung der Gründe, die für die Errichtung der Schule sprechen und eine wirkungsvolle Widerlegung aller Einwände, die gegen sie erhoben werden. An Hand des immer noch nicht veralteten Werks von Ismar Freund, „Die Rechtsstellung der Juden im preußischen Volksschulrecht", prüft der Verfasser die rechtlichen Grundlagen der Errichtung einer jüdischen Volksschule. Wir erwähnen die Schrift hier, weil sie sich an mehreren Stellen, Seite 13 und 16, mit unserer jüdischen Schule befaßt. Offenbar hat gerade deren Entwicklung Gottdiener dazu gebracht, sich auch in Düsseldorf mit Tatkraft für das gleiche Ziel einzusetzen. Der Gedanke der jüdischen Schule macht Fortschritte. In Duisburg, Dortmund, Bochum, Essen, Oberhausen, Moers, Krefeld, M.-Gladbach und Rheydt bestehen Schulen, in Düsseldorf und Elberfeld werden sie erstrebt. Vielleicht hätte der Verfasser noch darauf hinweisen können, daß die Besetzung von Beamtenstellen mit jüdischen Lehrern die Erringung einer materiell und ideell wichtigen jüdischen Position bedeutet.

Bar-Kochba. Eine große westdeutsche Tageszeitung berichtete über einen Tennisklubkampf gegen Freiheit Eller (A-Klasse) wie folgt: Der Arbeiter-Tennissport nimmt einen recht erfreulichen Aufstieg. Neuerdings haben sich in Duisburg bisher in der bürgerlichen Tennisbewegung tätige Spieler und Spielerinnen der Arbeitersportbewegung angeschlossen, gegen die am letzten Sonntag der Sportverein Freiheit Düsseldorf-Eller einige Kämpfe austrug. Durchweg waren die einzelnen Begegnungen stark umstritten, wenngleich in der Gesamtwertung der Sportverein Freiheit mit 4:1 Punkten siegreich blieb.

Mitgliederversammlung des „Itus", jüdischer Turn- und Sportverein Duisburg. Der „Itus" Duisburg hielt im Gemeindezimmer Junkernstraße eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab, welche von dem Vorsitzenden Herrn Dr. Hallenstein geleitet wurde. Nach Berichterstattung der einzelnen Vorstandsmitglieder wurde sofort in die Tagesordnung eingetreten. Es wurde der Antrag gestellt, daß der Fußballtrainer, Obmann und eine Person vom Fußballausschuß die Fußballangelegenheiten regelt. (Einstimmig angenommen.) Die uns von zwei Mitgliedern in großzügiger Weise zur Verfügung gestellten 20 Mark, welche für einen Medizinball gespendet waren, werden für Anschaffung eines notwendigen Fußballes verwendet. Es wurde alsdann der Beschluß gefaßt, sämtliche örtliche Zeitungen sowohl als auch das Israelitische Familienblatt und Jüdische Gemeindezeitung laufend mit „Itus"-Berichten zu versehen. Als Zeugwart stellte sich unser Trainer Herr Bruckmann zur Verfügung. Leiter der Jugendabteilung wurde Herr Sally v. Frank. Nachdem Ernst Steinberg sein Amt als Fußballausschußmitglied niedergelegt hat, wurde der Ausschuß neu gewählt: Obmann G. Stern, S. v. Frank und Hugo Strauß als Beisitzer. Die bisher provisorisch gewählten Vorstandsmitglieder wurden in der Mitgliederversammlung einstimmig bestätigt, so daß sich der Vorstand wie folgt zusammensetzt: 1. Vorsitzender: Dr. Hallenstein; 2. Vorsitzende: Frau Stern; Kassierer: R. Leeser; Fußballobmann: Gustav Stern; 1. Schriftführer: Erich Artmann; 2. Schriftführer: Katzenberg und Frl. Ellen Kleimann als Vertreterin der Damenabteilung. Dr. Hallenstein entließ die Versammlung gegen 23 Uhr und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich nunmehr die gesamte jüdische Jugend Duisburgs in den Reihen des neutralen Jüdischen Turn- und Sportvereins „Itus" einfinden wird. — Trainingszeiten: Jeden Mittwoch 19—21.30 Uhr, Gymnastik, Turnen und Leichtathletik in der Turnhalle an der Marienstraße, jeden Sonntag vormittag 9 bis 11 Uhr Fußballtraining. A. Artmann.

Geschäftliches.

Briefkasten.

Verantwortlich für den Inhalt des Blattes ist — selbstverständlich — nur die Redaktion.

Verein jüdischer Hotelbesitzer und Restaurateure e. V.
Wo esse ich? Wo wohne ich?

Baden-Baden, Central-Hotel
Haus I. Ranges, mit allem Komfort. Garten und Terrasse, Pension v. 11.-Mk. an. Tel. 83

Baden-Baden, Hotel Tannhäuser
aller Komfort, fließendes Wasser, Lift
erstklassige Verpflegung
Aufsicht: Rabb. Dr. Unna, Mannheim

Bad Brückenau Hotel Kaufmann
m. Dependance. Telephon Ruf 218.
Erstkl. gef. Haus. Fließ. kalt. u. warmes Wasser. Gr. Garten. Liegewiese. Neuer mod. Speisesaal. Vorsaison Preisermäßigung.

Bad Brückenau, Hotel Strauß
mit Dependance. Telephon 216. Schönstgel. Haus mitten im Park, anschließ. große Liegewiesen. Eigene Molkerei. Erstkl. Verpflegung. Fließend warm u. kaltes Wasser. Vorsais. erm. Pensionspreise

Frankfurt a. M. Siegfr. Salomon
Gr. Eschenheimer Straße 19. · Seit 1897.
Versand von Wurst und Konserven, Restaurant.

Bad Harzburg, Hotel Parkhaus, Telephon 471
voll. mod. Komfort, fließ. Wasser, vorzgl. Verpfleg. Vorsaison ermäßigte Preise. Bes. S. Posnanski.

HOTEL MEIER · KASSEL
Tagespension M. 8.50. Gr. Säle für Festlichkeiten

KASSEL · HOTEL EMANUEL
Mod. Komfort. Erstkl. Küche. 2 Min. v. Bahnhof

Bad Nenndorf Pension Adler Fernsprecher 43
Schönstgel. Haus mitten im Park. Vorzügl. Mittag- und Abendtisch.

Bad Neuenahr, Hotel Meyer (Villa Bismarck)
Haus I. Ranges, aller Komfort,
schönste Lage, erstkl. Verpflegung. Telephon 743

Bad Nauheim

Adlers Kurhotel Bellevue
Emil Adler Telephon 2396/97
Das einzige jüdische Hotel am Platze mit allem modernen Komfort. Fließendes kaltes und warmes Wasser, Zimmer mit Privatbad, Toilette, Lift.
Jede Diät nach genauer ärztl. Vorschrift

Nordseebad Norderney Hoffmanns Hotel Falk Vorsaison bed. ermäß. Preise. Prospekt und Auskunft bereitwilligst.

Bad Nauheim, Hotel Flörsheim. Bestgeführtes Haus, fließendes Wasser erstkl. Verpflegung. Mässige Preise.

Wiesbaden
Hotel Kronprinz
Das Haus mit allem modernem Komfort
Thermalbäder, Zimmer mit Privat-Bad.
Staatstelephon, mäßige Preise.
Telephon 27 658. Besitzer: R. Rückersberg

Oberhof Hotel Blum
Fl. Wasser, mod. Haus. Ermäßigte Preise. Tel. 214

Bad Orb Herz-, Rheumatismus, Frauenleiden. Hotel Adler, vorzügl. Verpflegung, mäßige Preise, groß., schatt. Garten. Fernruf 170.

Bad Tölz Kurpension Hellmann, modernes Haus. Behaglicher Aufenthalt, erstklassige Verpflegung, mäßige Preise. Tel. 316

Obige Betriebe stehen unter Aufsicht



des Vereins ritueller Speisehäuser E. V.

SPA-Belgien כשר
Hotel-Restaurant De Bourbon RUE DELHASSE 23 Tel. 408
1 Minute von der Badeanstalt und Mineralquellen
Unter Aufsicht des Oberrabb. Rottenberg, Antwerpen
Erstklassige Küche Mässige Preise
Inhaber A. BENZEN

Dieses Jahr nach
Interlaken
Hotel de la Paix
(Schweiz) כשר
45 Betten. Ia. Verpflegung. Herrliche Ausflüge. Neues Strandbad. Juni, September ermäßigte Pensionspreise. Bes. Ch. Schleichkorn.

Für die Reise
Dauerwellen
(bis 45 Wickel)
Ausnahme-Preis 20.— Mk.
einschl. Wäsche und Wasserwellen
Salon Grotstollen
Duisburg · Sonnenwall 50

Vergleichs-verfahren
bei Zahlungsstockung, sachgem. Erledigung schriftl. Arbeiten, Vervielfältigungen · Buchführung
Adolf Nathan, Duisburg,
Richard-Dehmelstraße 8 Tel. 32286

Jakob Apfelbaum
Duisburg
Niederstraße 9
Ausführung sämtlicher Maler- u. Anstreicher-Arbeiten bei billigster Berechnung

Inserieren bringt Gewinn!

Central-Drogerie E. Hofius
Nachf. Hermann Ohm, Duisburg
Friedrich Wilhelmsplatz, Ecke Kasinostr., Telefon 2689
Drogen, Chemikalien Weine Spirituosen
Mineralwasser, sämtliche Badeingredienzien
Feine Parfümerien erster Firmen usw.

Mülheimer Dampfwäscherei
Annahmestelle:
Hugo Wolf, Duisburg
Mülheimer Str. 162 Tel. 31615
Abt. I: Stärkewäsche . . . 60 Pfg.
Oberhemd, weiß oder bunt
Abt. II: Haushaltungswäsche 25 Pfg.
Trockenwäsche . . . . . Pfund

ERNST ESPEY
Bahnamtliche Spedition
Möbeltransport, Wohnungstausch
Tel. Süd 4905/09 **Duisburg** Tel. Süd 4905/09

Beim Einkaufen wollen Sie sich auf das Gemeindeblatt beziehen

Kohlen - Koks - Briketts
Torfstreu · Torfmull · Düngemittel · Gartenkies · Rote Gartenasche
und sämtliche
Baumaterialien
kaufen Sie vorteilhaft bei
Otto Thurau, Baustoff- und Kohlenhandlung
Büro und Lager: Merkatorstraße 83, Fernruf SN. 30598